

Auszug aus dem Protokoll der 26. Sitzung des FWT-Ausschusses vom 27. 11. 17

die künftige Auslastung der Kapazität in der 3. Etage des Schulgebäudes im OT Sperenberg. Der Neubau muss für die Gemeinde die wirtschaftlichste Variante sein. Die Kreditverpflichtung, muss nicht nur im Jahr der Kreditaufnahme sondern auch in der mittelfristigen Haushaltsplanung mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinde im Einklang stehen. Um die Kreditgenehmigung zu erreichen, bedarf es der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften des § 74 BbgKVerf.

Die Verwaltung muss der Gemeindevertretung spätestens im März 2018 ein konkretes Arbeitspapier zur weiteren Verfahrensweise vorlegen. Bis dahin müssen die Gespräche mit den Trägern geführt werden, inwieweit diese auch bereit sind, den Bau der Kindereinrichtung selbst zu übernehmen. Dazu muss abgeprüft werden, wie sich das finanziell für die Gemeinde auswirkt.

Zu 08. Diskussion zur Kita-Kalkulation

Hier macht Frau Richter Ausführungen. Es gibt ein neues Urteil vom 06.10.2017 vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Normenkontrollverfahren; Kita-Gebührensatzung. Der Tenor dieses Urteils ist z.B., dass keine kalkulatorischen Zinsen in die Kalkulation eingerechnet werden dürfen, dafür aber Personalkosten für das zusätzliche pädagogische Personal. Hier bedarf es bereits erster Änderungen, für die gerade fertiggestellte Kalkulation. Weiterhin entstehen der Gemeinde künftig höhere Kosten für die neu ausgeschriebenen Reinigungsleistungen ab 01.01.2018 sowie für die Servicekraft, die für die Vollverpflegung benötigt wird, da diese bisher in den Kita's nicht angeboten wurde. Es sind sich alle Mitglieder einig, dass die aktuelle Rechtsprechung des Urteils von Rathenow in der neuen Kalkulation einzuarbeiten ist.

Zu 09. Beratung zur Einwohnerbeteiligungssatzung

Diese Satzung wurde im Hauptausschuss zur Beschlussfassung eingebracht. Sie wurde zur Beratung zurück in alle Ausschüsse verwiesen. Es gibt eine angeregte Diskussion dazu. Folgende kursiv gesetzte Texte sollen im § 2 ergänzt werden.

. § 2

(1) In öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung *und deren Ausschüssen*, sind alle Personen, die in der Gemeinde ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt *vordergründig* kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung an die Mitglieder der Gemeindevertretung zu stellen (Einwohnerfragestunde). *Im Anschluss können für die verbleibende Zeit weitere Fragen zu Gemeindeangelegenheiten gestellt werden.*

Zu 10. BSV – Zweitwohnungssteuer

Herr Hürdler fragt nach, ob der Beschluss zur Aufhebung der Zweitwohnungssteuer ausreichend ist. Nach seinem Kenntnisstand, kann eine Satzung nur durch eine neue Satzung aufgehoben werden. Herr Lehmann macht dazu noch Ausführungen, dass es ihm unverständlich sei, nach mehreren Beratungen hier im Ausschuss konnte die unter TOP 11 aufgeführte neue Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer durch den Antrag der UWG noch nicht beschlossen werden. Es hätte nicht sein müssen, dass die alte Satzung durch eine Aufhebungssatzung aufgehoben werden müsste. Im Finanzausschuss gab es ein deutliches „Ja“ zur Satzung. Herr Bischert von der UWG erklärt den Mitgliedern, dass er im Finanzausschuss zwar persönlich zugestimmt hatte, aber die Diskussion in der Fraktion dann zu einem anderen Ergebnis geführt habe. Frau Dornbusch fragt nach, ob die Fraktionssitzung nach der Ausschusssitzung stattgefunden hat. Das wird bejaht. Herr Lehmann betont nochmal, dass beim Landkreis diese Themen in den Ausschüssen behandelt werden und diesem Votum dann auch im Kreistag bei der Beschlussfassung gefolgt wird. In der Gemeinde muss dieser Weg ebenfalls eingeschlagen werden. Die Termine müssten anders als bisher abgestimmt werden. Die Abstimmung ergibt Einstimmigkeit für die Aufhebung.